

### GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“

#### **Kurswechsel in der Bildungspolitik – Mehr Geld für die Bildung!**

Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ setzt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bundesweit für einen Kurswechsel in der Bildungspolitik und für mehr Geld für die Bildung ein. Dabei ist die vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes für die Bildung eine zentrale Forderung der Bildungsgewerkschaft. Der finanzielle Spielraum für mehr Bildungsinvestitionen und strukturelle und qualitative Verbesserungen in den Bildungseinrichtungen muss erhöht werden. Vor dem Hintergrund der Landtagswahl am 14. Mai erwartet die GEW NRW dazu eindeutige Aussagen der politischen Parteien.

„Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Das Bildungswesen in Nordrhein-Westfalen ist aber nach wie vor unterfinanziert und sozial ungerecht. Dabei erweist sich das Kooperationsverbot als Hemmschuh für mehr Investitionen, insbesondere beim Kita-Ausbau, bei den Investitionen in die schulische Infrastruktur und bei der Hochschulfinanzierung. Die Bund-Länder-Vereinbarung zur Lockerung des Kooperationsverbotes ist ein erster, wichtiger Schritt, jetzt sind weitere erforderlich“, forderte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer heute in Düsseldorf.

Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, bekräftigte die Forderung nach zusätzlichen öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich: „Deutschland braucht einen politischen Richtungswechsel: Die Politik muss endlich mehr Geld für Bildung in die Hand nehmen. Denn Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen. Das geht nur mit zusätzlichem Personal in Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung. Gleichzeitig müssen marode Schulen sowie Hochschulen saniert und modernisiert, Ganztagsangebote und Inklusion ausgebaut werden.“ Wenn Deutschland so viel Geld für Bildung ausgeben würde wie andere Industrienationen im Schnitt, wären alle Vorschläge der Bildungsgewerkschaft problemlos zu finanzieren.

Schäfer und Tepe präzisierten die gewerkschaftlichen Forderungen in den vier Feldern: Kita-Qualitätsgesetz, Ganztagsausbau, Aufhebung des Investitionsstaus an Schulen, bessere Hochschulfinanzierung.

„Der Geburtsort eines Kindes darf nicht über dessen Bildungsweg entscheiden. Der Bund muss jetzt handeln und ein in allen Ländern verbindliches Kita-Qualitätsgesetz auf den Weg bringen. Es soll einen Beitrag leisten, für Kinder bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen“, betonte Tepe. „Eckpunkte des Gesetzes sind Standards, die die Erzieher-Kind-Relation, die Freistellung der Leitungskräfte, die Fachberatung und die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit festschreiben.“ Nach wissenschaftlicher Empfehlung beträgt die Fachkraft-Kind-Relation 1:3 in Krippen und 1:7 bzw. 1:8 für Kitas.

Schäfer erwartet mit dem neuen, vor der Landtagswahl leider nicht mehr zustande gekommenen NRW-Kita-Gesetz eine „solide und bedarfsorientierte Finanzierung“ der Kindertageseinrichtungen in NRW. Dreh- und Angelpunkt sei ein deutlich verbesserter Personalschlüssel. „Das ungeliebte KiBiz muss endlich abgelöst werden. Damit konnte keine pädagogische Qualität gesichert werden, die Ressourcen fehlten. Beschäftigte brauchen neben ausreichender Zeit für die Arbeit mit den Kindern auch Zeit für die vielen anderen anspruchsvollen Aufgaben wie Elternarbeit, Konzeption und Dokumentation, Absprachen im Team und Vernetzungen. Auch die jederzeitige Vertretung muss gewährleistet werden, ebenso genügend Zeit für Fortbildungen und für die Betreuung von Praktikant\*innen.“

Die GEW-Landesvorsitzende erneuerte ihre Forderung, den gebundenen Ganztag für Schulen schrittweise auszubauen. „Der flächendeckende Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung von Ganztagsschulen ist die beste Möglichkeit, den nach wie vor engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg der

Schüler\*innen aufzubrechen. Die Entwicklung eines besseren Ganztagsystems ist eine zentrale Frage der Bildungsgerechtigkeit. Die bestehenden Offenen Ganztagschulen (OGS) können nur ein Übergangsmodell sein. Wir fordern eine finanzielle Ausstattung der OGS, die eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten nach dem TVöD sicherstellt, und eine Verdoppelung des Personalzuschlags für die OGS an Grundschulen von bisher 20 auf 40 Prozent.“

Beide GEW-Chefinnen sahen im akuten Investitionsstau an den Schulen und Hochschulen ein vordringlich zu lösendes Problem. „Der Bund kann mit einem Sanierungs- und Modernisierungsprogramm unmittelbar dazu beitragen, die Lehr- und Lernqualität zu verbessern“, sagte Tepe. „Dieses Programm muss in einem ersten Schritt auf zehn Jahre angelegt sein. Es erfordert einen jährlichen Investitionsbedarf von 3,2 Milliarden Euro für die Schulen und einer Milliarde Euro für die Hochschulen. Im Gegenzug müssen sich die Länder verpflichten, mehr Personal einzustellen und die Bezahlung der Lehrenden strukturell zu verbessern.“

Schäfer lobte in diesem Zusammenhang das NRW-Programm „Gute Schule 2020“, das insbesondere den Bedarf finanzschwacher Kommunen berücksichtige und gleichzeitig sicherstelle, dass alle Kommunen davon profitieren können. Für Schäfer ein erster wichtiger Schritt: „Hiermit ist eine Chance gegeben, den Sanierungsrückstand bei der kommunalen Bildungsinfrastruktur zu mildern.“ Langfristig sei es allerdings erforderlich, die vom Land finanzierte Schulpauschale zu dynamisieren.

Vor dem Hintergrund völlig unzureichender Betreuungsrelationen und prekärer Beschäftigungsbedingungen setzt sich die GEW insbesondere auch für die Verbesserung der Situation an den Hochschulen ein. „Der Bund darf sich nicht länger aus der Verantwortung stellen: Er muss den Ländern bei einer deutlichen Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter die Arme greifen“, unterstrich GEW-Vorsitzende Tepe. Sie forderte Bund und Länder auf, an den Hochschulen eine „Entfristungsoffensive“ zu starten. „Wir brauchen bundesweit 50.000 zusätzliche Dauerstellen im akademischen Mittelbau. Daueraufgaben erfordern Dauerstellen. Darüber hinaus brauchen wir in Zukunft immer mehr hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um die auf hohem Niveau bleibende Zahl der Studierenden angemessen zu betreuen. Zudem müssen an den Unis 5.000, an den Fachhochschulen 500 zusätzlich Tenure-Track-Professuren geschaffen werden.“

GEW-Landeschefin Schäfer ergänzte: „Der nominale Zuwachs im Wissenschaftsetat von NRW in den letzten Jahren ist beachtlich, muss aber - vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Studierendenzahlen - seit 2010 hat sich die Zahl der Studierenden an NRW-Hochschulen um mehr als 40 Prozent erhöht, mit Abstand studieren am meisten junge Menschen in NRW - als dringend geboten und letztlich sogar als unzureichend angesehen werden. Die Versäumnisse in der Vergangenheit von vorherigen Landesregierungen wiegen angesichts der aktuellen Lage schwer. Wir müssen von der befristeten Paktförderung zur Verstetigung der Hochschulinvestitionen kommen. Dazu gibt es erste Ansätze in der „Hochschulvereinbarung NRW 2021“. Zur Verbesserung der unzureichenden Betreuungsrelationen und für mehr Studienqualität, aber auch für mehr Dauerbeschäftigung und gute Arbeit in der Wissenschaft fordert die GEW NRW für die nächste Legislaturperiode einen Stufenplan für 2.000 zusätzliche Stellen für die Wahrnehmung von Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement für die Hochschulen in NRW.“

Frankfurt a.M./Essen-Düsseldorf, 24. April 2017

[www.gew.de/presse/pressemitteilungen](http://www.gew.de/presse/pressemitteilungen)

[www.gew-nrw.de/presse](http://www.gew-nrw.de/presse)

[www.gew-nrw.de/landtagswahl-nrw-2017](http://www.gew-nrw.de/landtagswahl-nrw-2017)

Landespressekonferenz 24. April 2017: Sprechzettel Dorothea Schäfer

**„Bildung. Weiter denken!“ Initiative der GEW für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen sowie mehr Geld für Bildung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Anfang März haben wir mit dem „Bochumer Memorandum“ eine Bilanz der Bildungspolitik der Landesregierung vorgelegt. Vier Wochen später haben wir hier an gleicher Stelle ein Programm für einen Sozialindex und mehr Bildungsgerechtigkeit vorgestellt und mehr Ressourcen für Schulen in besonderen Lagen gefordert.

Heute möchten meine Kollegin Marlis Tepe, die Bundesvorsitzende der GEW, und ich die GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ präsentieren. Dies geschieht – nicht zufällig - drei Wochen vor der Landtagswahl in NRW und fünf Monate vor der Bundestagswahl.

Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ setzt sich die GEW bundesweit für einen Kurswechsel in der Bildungspolitik ein und fordert bessere Lern- und Arbeitsbedingungen und mehr Geld für die Bildung. Mehr Zeit, mehr Ressourcen, mehr Geld für die Bildung – darum geht es uns im Kern. Unser Investitionsprogramm fordert finanzielle und strukturelle Verbesserungen - von der Kita über die Schulen und Hochschulen bis hin zur Erwachsenen- und Lehrer\*innenbildung.

Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen. Bildung ist eine wichtige Ressource unseres Landes. Das ist keine neue Erkenntnis. Das betonen alle Parteien im Wahlkampf. Doch häufig fehlt es an Konkretion. Als größte Bildungsgewerkschaft und Vertreterin der Interessen von über 48.000 Mitgliedern alleine in NRW, erwarten wir Antworten von der Politik, was Priorität für Bildung bedeutet.

Wir erwarten jetzt im Landtagswahlkampf und darüber hinaus auch für die Bundestagswahl von den Parteien eindeutige Aussagen, wie sie den Spielraum für mehr Bildungsinvestitionen und für strukturelle und qualitative Verbesserungen in den Bildungseinrichtungen erhöhen wollen.

Eine zentrale Frage ist dabei, wie die Parteien die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einschätzen, wie sie insbesondere das sog. Kooperationsverbot sehen und mit ihm künftig umgehen wollen.

Für die GEW stellt sich das Kooperationsverbot als Hemmschuh für mehr Bildungsinvestitionen dar, insbesondere, wenn es um den Kita-Ausbau, um Investitionen in die schulische Infrastruktur und bei der Hochschulfinanzierung geht. Die Bund-Länder-Vereinbarung zur Lockerung des Kooperationsverbotes vom Ende letzten Jahres war ein erster Schritt für mehr Bundesbeteiligung bei der Bildung, jetzt sind aber weitere Maßnahmen erforderlich. Dazu erwarten wir die Vorschläge der politischen Parteien.

In diesem Zusammenhang will ich im Folgenden vier bildungspolitische Problemfelder NRWs skizzieren und unsere politischen Forderungen kurz begründen.

1. Die GEW NRW erwartet mit dem neuen, vor der Landtagswahl leider nicht mehr zustande gekommenen NRW-Kita-Gesetz eine solide und bedarfsorientierte Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in NRW. Das ungeliebte KiBiz muss endlich abgelöst werden, es ist das Synonym für die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas. Damit konnte und kann keine pädagogische Qualität in Kitas erbracht werden, die Ressourcen dazu fehlten allerorts. Dreh- und Angelpunkt dafür ist aus unserer Sicht ein deutlich verbesserter Personalschlüssel. Beschäftigte brauchen neben ausreichender Zeit für die Arbeit mit den Kindern auch Zeit für die viele andere anspruchsvollen Aufgaben wie Elternarbeit, Konzeption und Dokumentation, Absprachen im Team und Vernetzungen. Auch die jederzeitige Vertretung muss gewährleistet werden, ebenso genügend Zeit

für Fortbildungen und für die Betreuung von Praktikant\*innen im Rahmen einer qualifizierten Ausbildung und Nachwuchspflege.

2. Die GEW NRW erneuert und bekräftigt ihre Forderung, den gebundenen Ganzttag für die Schulen schrittweise auszubauen. Der flächendeckende Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung von Ganzttagsschulen ist die beste Möglichkeit, den nach wie vor engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg der Schüler\*innen aufzubrechen. Die Entwicklung eines besseren Ganzttagssystems ist eine zentrale Frage der Bildungsgerechtigkeit. Die bestehenden Offenen Ganzttagsschulen (OGS) können nur ein Übergangsmodell sein. Wir fordern eine finanzielle Ausstattung der OGS, die eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten nach dem TVöD sicherstellt, und eine Verdoppelung des Personalzuschlags für die OGS an Grundschulen von bisher 20 auf 40%.

3. Das Finanzierungsprogramm der Landesregierung „Gute Schule 2020“ ist ein erster wichtiger Schritt für die Verbesserung der baulichen Substanz und Ausstattung der Schulen. Hiermit ist eine Chance gegeben, den Sanierungsrückstand bei der kommunalen Bildungsinfrastruktur zu mildern. Es ist richtig, dass insbesondere der Bedarf finanzschwacher Kommunen berücksichtigt wird und gleichzeitig sichergestellt ist, dass alle Kommunen von dem Programm profitieren können. Langfristig halten wir es allerdings für erforderlich, die vom Land finanzierte Schulpauschale zu dynamisieren.

4. Der nominale Zuwachs im Wissenschaftsetat in den letzten Jahren ist beachtlich, muss aber vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Studierendenzahlen - seit 2010 hat sich die Zahl der Studierenden an NRW-Hochschulen um mehr als 40 Prozent erhöht, mit Abstand studieren am meisten junge Menschen in NRW - als dringend geboten und letztlich sogar als unzureichend angesehen werden. Die Versäumnisse in der Vergangenheit von vorherigen Landesregierungen wiegen angesichts der aktuellen Lage schwer. Wir müssen von der befristeten Paktfinanzierung zur Verstetigung der Hochschulinvestitionen kommen. Dazu gibt es erste Ansätze in der „Hochschulvereinbarung NRW 2021“. Zur Verbesserung der unzureichenden Betreuungsrelationen und für mehr Studienqualität, aber auch für mehr Dauerbeschäftigung und gute Arbeit in der Wissenschaft fordert die GEW NRW für die nächste Legislaturperiode einen Stufenplan für 2.000 zusätzliche Stellen für die Wahrnehmung von Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement für die Hochschulen in NRW.

Anrede

Die Landtagswahl am 14. Mai in NRW ist so etwas wie eine kleine Bundestagswahl. Es geht um wichtige Weichenstellungen, nicht nur, aber auch in der Bildungspolitik, und damit auch um die Arbeitsbedingungen eines Großteils unserer Mitglieder.

Mit immerhin 17 Kernforderungen für die Landtagswahl 2017 hat die GEW NRW ein umfassendes Forderungsprogramm für die Bildung für die nächste Legislaturperiode aufgelegt – dazu haben wir ein Faltblatt aufgelegt, das Sie in unserer Pressemappe finden. Die 17 Forderungen umfassen die verschiedenen Bildungsbereiche und listen gewerkschaftliche Kriterien für „Gute Arbeit“ auf. Hier geht es um ganz zentrale Punkte wie die Umsetzung des Rechts auf Bildung und die Integration der Geflüchteten, um die Inklusion, die eine bessere Unterstützung durch mehr Stellen, multiprofessionelle Teams und bessere Ausstattung erfordert, um die Einführung eines schulbezogenen Sozialindex, für den wir nach unseren Berechnungen 2.000 zusätzliche Stellen für besonders belastete Schulen benötigen, wie auch um Fragen der Arbeitsbedingungen, der Digitalisierung oder Tarif- und Besoldungsfragen wie ein einheitliches Einstiegsamt A13z für alle Lehrkräfte.

Diese 17 Kernforderungen sind unsere Prüfsteine für die Parteien und ihre Kandidat\*innen, die auch die Stimmen unserer Mitglieder gewinnen wollen. Damit mischen wir uns ein und freuen uns auf interessante Diskussionen.

Statement der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe

Landespressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Düsseldorf, d. 24. April 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Bildung bewegt. Eltern, Großeltern, Kommunalpolitiker/innen, alle im Bildungsbereich Beschäftigten, letztlich auch Arbeitgeber. Eltern suchen für ihr Kind die bestmögliche Krippe oder Kita, weil sie ihr Kind gut versorgt wissen wollen. In den Schulen sollen die Kinder bestmöglich individuell gefördert werden.

Und wenn es um einen Studienplatz geht, ist die Frage zu beantworten: Wie können wir uns das leisten? Bildung bewegt: Erzieher/innen und Lehrer/innen haben einen hohen Anspruch an ihre eigene Arbeit. Sie wollen ihre Aufgaben so gut wie möglich machen, sie wollen bei allen Herausforderungen gesund bleiben und angemessen verdienen.

Und: Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung dient der Persönlichkeitsentwicklung, Bildung gilt als der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe, Bildung eröffnet den Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Zustand unseres Bildungswesens wird diesen legitimen Ansprüchen jedoch bei weitem nicht gerecht. Das gilt für Quantität und Qualität der Bildungsangebote und -einrichtungen ebenso wie für deren Finanzierung. Wir stehen einem ausgesprochenen Fachkräftemangel gegenüber. Deshalb stellen wir Ihnen heute unsere Initiative „Bildung. Weiter denken!“ vor. Mit dieser Initiative wollen wir die Herausforderungen für die Bildungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen aufzeigen, zentrale Lösungsansätze vorstellen und Wege zu deren Finanzierung beschreiben. Unser gemeinsames Ziel ist ein bildungspolitischer Kurswechsel nach der Bundestagswahl im September.

Gleichzeitig wollen wir mit unserer Initiative die Bedarfe in jedem Land deutlich machen.

Wegen der bevorstehenden Landtagswahl treten wir heute gemeinsam vor die Presse.

Die GEW möchte, dass Kommunen mit dem Bau von Kitas und Schulen nicht allein gelassen werden. Die GEW möchte, dass die Länder mit dem Blick auf die Schuldenbremse nicht allein gelassen werden.

Die GEW erwartet, dass die Bundespolitik für Bildung mehr Geld in die Hand nimmt.

Die Bildungspolitik muss sechs zentrale Herausforderungen meistern, wenn Bildung in Deutschland Zukunft haben soll:

1. Integration: Hier hat die Bildungspolitik über Jahre zu wenig Unterstützung gegeben. Die Probleme, die durch diese Untätigkeit entstanden sind, zeigen sich im Zusammenhang mit dem Zuzug geflüchteter und asylsuchender Menschen wie in einem Brennglas, aber: Das ist nur die Spitze des Eisbergs.
2. Inklusion: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention droht stecken zu bleiben. Den schönen Programmsätzen der Schulgesetze in den Ländern steht in der Realität eine mangelhafte Ausstattung von Schulen und Kitas gegenüber. Es fehlt vor allem an Personal, aber auch an geeigneten Räumlichkeiten.
3. Ganztag: Während die Infrastruktur auch durch Bundesmittel gestärkt worden ist, fehlt es hier gleichfalls an Personal und der Einstellung multiprofessioneller Teams für qualitativ hochwertige Angebote.
4. Schul- und Hochschulinfrastruktur: Allgemein- und berufsbildende Schulen und Hochschulen sind vielfach in marodem Zustand. Sie sind weit davon entfernt, den Anforderungen einer

modernen Pädagogik und Didaktik zu entsprechen.

5. Kitaqualität: Der quantitative Kitausbau gilt als Erfolgsgeschichte, ist aber noch nicht beendet und offenbart mittlerweile erhebliche Qualitätsunterschiede und -mängel in den Einrichtungen.

6. Personal: Der Personalmangel im Bildungswesen ist ein, wenn nicht das zentrale Problem. Es fehlt an Fachkräften für Inklusion, sprach- und interkulturelle Bildung und in MINT-Fächern. Inzwischen können frei werdende Stellen nicht mehr sicher mit ausgebildetem Personal besetzt werden. Besonders gravierend in Sachsen, wo zum letzten Einstellungstermin für 375 freie Stellen 35 fertige Referendarinnen zur Verfügung standen. Es mangelt aber bspw. auch an ausgebildeten Erzieher/innen. Es fehlt an Stellen für Vertretungsreserven in allen Bildungsbereichen. In der Bezahlung der Lehrenden gibt es Fehlanreize. Frauen werden bei der Bezahlung besonders benachteiligt: etwa im Erzieherinnen-Beruf mit einem Frauenanteil von über 95 Prozent und an Grundschulen mit einem Frauenanteil von rund 90 Prozent. An den Hochschulen hangeln sich junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Fristvertrag zu Fristvertrag.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im September wird der Deutsche Bundestag gewählt. Kern unserer Initiative bis dahin ist eine Trendwende in den bildungspolitischen Maßnahmen der Bundespolitik.

Die vergangene Wahlperiode brachte beinahe einen bildungspolitischen Stillstand. Das Bildungsministerium betreibt im Grunde keine Bildungspolitik mehr. Es versteckt sich weitestgehend hinter dem Kooperationsverbot. Die Forderung nach Abschaffung des Kooperationsverbotes bleibt richtig. Das Kooperationsverbot darf aber keine Ausrede für bildungspolitische Untätigkeit sein. Unsere Vorschläge zur Bundestagswahl lassen sich ohne Grundgesetzänderung umsetzen. Der Bund gewinnt mit ihnen bildungspolitische Handlungsfähigkeit zurück.

Unsere Vorschläge finden Sie in der Pressemappe, die Kernaussagen fasse ich kurz zusammen:

☐ Wo der Bund keine Gesetzgebungskompetenz hat, kann er dennoch Länder und Kommunen finanziell entlasten: Sanierung, Modernisierung und/oder Neubau von Schulen und Hochschulen ist eine vordringliche Aufgabe, die der Bund übernehmen kann. Wenn in Klassenräumen der Putz von den Wänden fällt oder die Schülerinnen, Schüler oder Studierenden den Gang zur Toilette scheuen, leidet darunter auch der Lernprozess. Für Ganztag und Inklusion sind darüber hinaus andere Lernräume erforderlich als im Schulalltag vergangener Jahrzehnte. Der Bund kann mit einem Sanierungs- und Modernisierungsprogramm unmittelbar dazu beitragen, die Bildungsqualität zu verbessern. Er kann darüber hinaus einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Schulen und Hochschulen den Anschluss an das digitale Zeitalter zu ermöglichen. Das funktioniert nur, wenn ein solches Programm auf zehn Jahre angelegt ist. Es erfordert einen jährlichen Investitionsbedarf von 3,2 Milliarden Euro. Im Gegenzug müssen die Länder in die Verantwortung genommen werden, mehr Personal einzustellen und die Bezahlung der Pädagoginnen und Pädagogen strukturell zu verbessern.

☐ Darüber hinaus muss der Bund den Ausbau der Schulsozialarbeit dauerhaft fördern. Wir brauchen einen Schlüssel von einem Schulsozialarbeiter auf 150 Schülerinnen und Schüler. Um die entsprechenden Stellen zu schaffen, sind jährlich rund 2,7 Milliarden Euro notwendig.

☐ Der Bund kann darüber hinaus gesetzgeberisch tätig werden. Unsere Forderung nach einem Kita-Qualitätsgesetz, das hohe Standards sichert, wird auf Bundesebene breit unterstützt. Hier darf und muss der Bund handeln. Mit diesen Standards, die die Fachkraft-Kind-Relation, die Freistellung der Leitungskräfte, die Fachberatung und die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit festschreiben, verbessert sich die Qualität in den Kitas strukturell deutlich. Das ist auch dringend

notwendig. Nach dem erfolgreichen quantitativen Ausbau der Kitas wird nämlich immer deutlicher, dass es in den Einrichtungen erhebliche Qualitätsunterschiede und -mängel gibt. Dabei belegen alle Studien: In der frühen Kindheit werden die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gestellt. Bundesweit gibt es einen Bedarf von deutlich mehr als 100.000 vollzeitbeschäftigten Fachkräften an Kitas. Für diese Stellen müssten rund fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden.

☐ Das Gleiche gilt für gesetzliche Regelungen zum Hochschulzugang und zu den Abschlüssen. Die Zuständigkeit des Bundes in diesem Gebiet ist unbestritten. Zudem muss sich der Bund stärker als bisher an den Hochschulen engagieren: Der Hochschulpakt muss ausgebaut werden. Mittelfristig soll der Pakt in eine deutlich bessere Grundfinanzierung der Hochschulen umgewandelt werden. Das Kooperationsverbot für den Wissenschaftsbereich ist bereits 2014 gelockert worden. Der Bund darf sich nicht länger aus der Verantwortung stellen: Er muss den Ländern bei einer deutlichen Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter die Arme greifen. Bund und Länder müssen an den Hochschulen eine „Entfristungsoffensive“ starten. Wir brauchen bundesweit 50.000 zusätzliche Dauerstellen im akademischen Mittelbau. Daueraufgaben erfordern Dauerstellen. Kurz- und Kettenverträge sind nicht nur unfair gegenüber den Beschäftigten, sie untergraben auch die Kontinuität und damit Qualität von Forschung und Lehre. Darüber hinaus brauchen wir in Zukunft immer mehr hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um die auf hohem Niveau bleibende Zahl der Studierenden angemessen zu betreuen. Zudem müssen an den Unis 5.000, an den Fachhochschulen 500 zusätzlich Tenure-Track-Professuren geschaffen werden.

☐ Die Mindestvergütung der Honorarlehrkräfte in Integrationskursen muss dringend weiter verbessert werden. Dafür muss das Bundesinnenministerium den Kostenerstattungssatz auf 4,40 pro Teilnehmer erhöhen. So schnell wie möglich sollen diese prekären Arbeitsverhältnisse in Festanstellungen überführt werden.

Das Ganze lässt sich auch finanzieren. Damit aber die Schuldenbremse nicht erneut zu Kürzungen statt zu Investitionen führt, muss ein Staat, der in der Bildungspolitik handlungsfähig bleiben will, seine Einnahmebasis verbessern. Deshalb drängen wir darauf, dass die **Steuerpolitik** geändert wird. Auch dazu haben wir Konzepte vorgelegt: „Richtig gerechnet!“ lautet der Titel der steuerpolitischen Vorstellungen der GEW. Neben der Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, sehen wir zusätzliche Einnahmen durch eine höhere Besteuerung großer Einkommen sowie von Vermögen und Erbschaften vor. Zudem soll die Gewerbe- zu einer Gemeindewirtschaftsteuer weiter entwickelt werden. Diese Maßnahmen würden jährlich fast 74 Milliarden Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

soviel zu den Kernpunkten unserer Initiative. Wir stehen für Ihre Fragen gerne zur Verfügung.